

Westliche Einmischung in Afghanistan seit dem Ende des Kalten Krieges: Eine umfassende Übersicht

Die westlichen Staaten, insbesondere die Vereinigten Staaten, haben seit dem Ende des Kalten Krieges vielfältige Formen der Einmischung in Afghanistan praktiziert, die von verdeckten Operationen zur Unterstützung von Widerstandskämpfern über massive militärische Invasionen bis hin zu Sanktionsregimen gegen die Taliban reichen.^[1] Nach dem sowjetischen Abzug 1989 folgte eine Phase der westlichen Vernachlässigung, die erst durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die darauf folgende Reaktion der George-W.-Bush-Administration abgelöst wurde.^[2] Die darauffolgende zwanzigjährige Militärintervention unter NATO-Führung stellte den längsten und größten Einsatz der NATO dar, endete jedoch 2021 mit dem Sieg der Taliban, die die Macht zurückerobern haben.^[3] Diese Analyse untersucht umfassend die verschiedenen Interventionsformen der westlichen Staaten, ihre Auswirkungen und die politischen sowie humanitären Konsequenzen, die sich aus diesem langfristigen Engagement ergeben haben.

Die Mudschahedin-Unterstützung während des Kalten Krieges und die Sanktionen gegen die Sowjetunion

Um die westliche Einmischung in Afghanistan seit 1989 vollständig zu verstehen, ist es notwendig, kurz auf die Unterstützung der Mudschahedin während der sowjetischen Besatzung einzugehen, da diese die Grundlagen für spätere westliche Positionen schuf. Nachdem die Sowjetunion zu Weihnachten 1979 mit etwa 40.000 Soldaten der Roten Armee in Afghanistan einmarschiert war, begannen die USA bereits vor dem sowjetischen Einmarsch, die Mudschahedin zu unterstützen.^[1] Die Operation Cyclone war der Codename für eine verdeckte CIA-Operation, die ab Sommer 1979 in enger Zusammenarbeit mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI die Bewaffnung, Ausbildung und Finanzierung der afghanischen Widerstandskämpfer zum Gegenstand hatte.^[7] Präsident Jimmy Carter unterzeichnete am 3. Juli 1979 die ersten beiden Direktiven zur Unterstützung der afghanischen Mudschahedin mit einem Betrag von bis zu 695.000 US-Dollar für Propagandamaterial, Funkgeräte und medizinische Versorgung.^[7] Nach der sowjetischen Invasion intensivierte sich diese Unterstützung erheblich, und Carter genehmigte am 28. Dezember 1979 eine verdeckte Operation mit Waffenlieferungen an den afghanischen Widerstand mit einem jährlichen Volumen von 30 Millionen US-Dollar, zu dem weitere 20 Millionen US-Dollar hinzukamen.^[7]

Die westliche Reaktion auf die sowjetische Invasion war nicht nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur. Die United States imponierten umfangreiche Sanktionen gegen die Sowjetunion als Reaktion auf die sowjetische Aggression in Afghanistan.^[3] Die Sanktionspolitik wurde unter der Reagan-Administration fortgesetzt und intensiviert, als die USA erkannten, dass die Sowjetunion durch wirtschaftliche Druckmittel zu Zugeständnissen gezwungen werden könnte.^[3] Die Hauptrichtung der Sanktionen war die Beschränkung des Verkaufs von Ausrüstungen für den Öl- und Energiekomplex an die UdSSR, Hochtech-Produkte und die Verweigerung von "billigen" Krediten.^[3] Die Sanktionen hatten eine schädliche Auswirkung auf die sowjetische Wirtschaft,

vertieften die Krise des sowjetischen Systems und trugen zur weiteren technologischen Rückständigkeit der UdSSR gegenüber entwickelten Ländern bei.^[3] Großbritannien, Frankreich, Kanada, Australien, Japan und andere westliche Länder schlossen sich auf amerikanische Initiative hin den Sanktionen an.^[3] Die Effekte der Sanktionen wurden durch den Verfall der Ölpreise in den Jahren 1985 bis 1986 verschärft, wobei die USA möglicherweise in diese Entwicklung verwickelt waren.^[3]

Die sowjetischen Truppen erlebten während ihrer Besatzung von 1979 bis 1989 eine fortschreitende Schwächung ihrer militärischen Position. Die Mukahiddin unter der Leitung der CIA und mit Unterstützung Pakistans führten erfolgreiche Guerilla-Operationen durch, die die sowjetischen Besatzer zunehmend zermürbten.^[1] Im Mai 1988 kontrollierten die Mudschahedin bereits etwa 60 Prozent Afghanistans, und die militärische Führung der Sowjetunion setzte zunehmend auf massive Luftangriffe, die viele Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten.^[1] Auch die 1985 unter Michail Gorbatschow beschlossene Aufstockung der sowjetischen Truppen auf mehr als 100.000 Soldaten brachte nicht die erhoffte militärische Entscheidung.^[1] Die sowjetische Führung beschloss schließlich Anfang 1988 den sofortigen Abzug aller Truppen, und am 15. Februar 1989 verließen die letzten sowjetischen Soldaten das Land.^[1]

Die Phase der westlichen Vernachlässigung: 1989 bis 2001

Nach dem sowjetischen Abzug 1989 trat Afghanistan in eine Phase ein, in der die westlichen Staaten ihre Aufmerksamkeit und ihre Ressourcen deutlich reduzierten. Die USA und ihre Verbündeten hatten ihr primäres Ziel – die Schwächung der sowjetischen Position – erreicht, und Afghanistan verlor an strategischer Bedeutung für die westliche Außenpolitik.^[20] Die Folge war, dass die westlichen Staaten, insbesondere die USA, zwar weiterhin Mudschahedin-Gruppen unterstützten, aber ein kohärentes Konzept für den Aufbau des zerstörten Landes nicht entwickelten.^[1] Nach dem sowjetischen Abzug unterstützten die Sowjetunion und die USA die Konfliktparteien zwar weiter militärisch und finanziell, doch 1992 zerfiel das Regime, und es kam zu einem erneuten Bürgerkrieg in Afghanistan.^[1] Der Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Mudschahedin-Faktionen führte zu enormem Leid und Zerstörung, wobei keine der rivalisierenden Gruppen eine stabile Kontrolle über das Land erreichen konnte.

In dieser chaotischen Phase erhoben sich die Taliban, eine Bewegung von Kriegsveteranen und Studentenvertretern aus islamischen Schulen, die mit pakistanischer Unterstützung die Macht übernahmen.^[1] Die radikalislamischen Taliban ergriffen 1996 die Macht in Kabul und riefen das "Islamische Emirat" Afghanistan aus.^[1] Nur drei Staaten erkannten das Taliban-Regime international an: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Pakistan.^[19] Während dieser Zeit war Afghanistan ein "von den streng islamistischen Taliban geduldetes Refugium" für die Al-Qaeda-Organisation unter der Leitung von Osama bin Laden, und es ist bekannt, dass bin Laden diese Zeit zur Errichtung von Ausbildungslagern nutzte, in denen Tausende Islamisten aus verschiedenen Ländern eine militärische Schulung durchliefen.^[13]

Die westliche Reaktion auf die Taliban-Herrschaft war geprägt von Isolation und begrenzte Sanktionen, wenngleich diese nicht systematisch durchgesetzt wurden. Die Taliban wurden von westlichen Staaten nicht anerkannt, und es gab sporadische diplomatische Anstrengungen zur

Isolierung des Regimes. Allerdings war die westliche Präsenz und das westliche Engagement in dieser Phase minimal. Die USA, die unter der Clinton-Administration führend waren, machten sporadische Versuche, mit den Taliban über die Auslieferung Osama bin Ladens zu verhandeln, nachdem die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im Jahr 1998 geschahen.^[13] Nach diesen Anschlägen führten die USA begrenzte Luftschläge gegen Al-Qaeda-Ziele in Afghanistan durch, aber ein umfassendes militärisches Engagement fand nicht statt. Die westlichen Staaten verhielten sich während dieser Phase zu Afghanistan weitgehend passiv und beschäftigten sich mit anderen Konflikten und Prioritäten.

Der 11. September 2001 und die Begründung der westlichen Militärintervention

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markierten einen Wendepunkt in der westlichen Politik gegenüber Afghanistan. Am 11. September 2001 entführten Selbstmordattentäter, die Al-Qaeda angehörten, vier Passagierflugzeuge und steuerten zwei davon in die Türme des World Trade Centers in New York, töteten weitere Menschen beim Anschlag auf das Pentagon und richteten insgesamt etwa 3000 Todesfälle an.^{[13][25]} Die Anschläge waren unter der Führung von Osama bin Laden geplant und durchgeführt worden, der sich zu dieser Zeit unter dem Schutz der Taliban in Afghanistan aufhielt.^[9] Die Vereinigten Staaten unter Präsident George W. Bush identifizierten die Al-Qaeda als verantwortlich für die Anschläge und forderten das Taliban-Regime ultimativ auf, bin Laden und die Al-Qaeda auszuliefern.^[13] Die Taliban weigerten sich, diese Forderung zu erfüllen, obwohl ein US-Bundesgericht nachgewiesen hatte, dass bin Laden für die Anschläge verantwortlich war.^[13] Am 20. September 2001 stellte Bush vor dem Kongress ein Ultimatum und forderte die Taliban auf, bin Laden und al-Qaida auszuliefern oder ihr Schicksal zu teilen.^[13]

Mit dem Sicherheitsrat-Resolution 1368 vom Jahr 2001 lieferte die Vereinte Nationen die völkerrechtliche Legitimierung für die Maßnahmen der von den USA geführten Militärkoalition.^[9] Der US-Kongress erteilte Bush die Befugnis, "alle notwendigen und angemessenen Mittel" gegen die Hintermänner der Anschläge vom 11. September oder ihre Unterstützer einzusetzen.^[13] Am 7. Oktober 2001 begannen die USA mit britischer und anderer Unterstützung eine massive Luftoffensive gegen Taliban- und Al-Qaeda-Positionen in Afghanistan.^[13] Die USA gingen in Afghanistan ein Bündnis mit der Anti-Taliban-Koalition der Nordallianz ein, deren Truppen mit US-Luftunterstützung die Stellungen der Taliban angriffen.^[13] Diese Phase endete mit der Eroberung der Hauptstadt Kabul und der Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz im November und Dezember 2001 durch die Nordallianz mit westlicher Unterstützung.^[13]

Die Invasion von 2001 war in der Bevölkerung Afghanistans anfangs populär, da die Taliban unter ihrer strengen Herrschaft enormes Leid verursacht hatten. Die US- und NATO-Truppen wurden von der Bevölkerung, die unter der Taliban-Herrschaft erheblich zu leiden hatte, bejubelt.^[22] Doch während die Ziele der Bekämpfung von Al-Qaeda und der Taliban-Sturz schnell erreicht wurden, entstanden unmittelbar nach dem Sieg neue Herausforderungen für die westlichen Staaten bei der Stabilisierung des Landes und dem Wiederaufbau staatlicher Strukturen.

Die ISAF-Mission und die NATO-Besatzung: 2001 bis 2014

Nach dem schnellen Sturz der Taliban einigten sich die westlichen Staaten auf eine langfristige Militärpräsenz in Afghanistan. Im November 2001 wurde auf der Konferenz von Petersberg in Bonn über das weitere Vorgehen in Afghanistan beraten, und man einigte sich darauf, eine "International Security Assistance Force" (ISAF) nach Afghanistan zu entsenden.^[20] Die ISAF wurde zum ersten Mal am 20. Dezember 2001 mit der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1386 für sechs Monate als internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan beauftragt.^[21] Ursprünglich sollte ISAF nur die Sicherheit in der Hauptstadt Kabul gewährleisten, doch bis Ende 2006 wurde ihre Präsenz schrittweise auf das gesamte Land ausgedehnt.^[22] Ab 2003 wurde die ISAF unter die Führung der North Atlantic Treaty Organization (NATO) gestellt, wobei die NATO insgesamt etwa 50 NATO- und Partnerstaaten in dieser Mission engagierten.^[23]

Das NATO-Engagement in Afghanistan war in zwei verschiedene Phasen zu unterscheiden. Von 2003 bis 2014 konzentrierte sich die NATO mit der ISAF vor allem auf die Gewährleistung von Sicherheit in Afghanistan und die Terrorismusbekämpfung.^[24] Das primäre Ziel bestand darin, die Regierung Afghanistans bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu unterstützen, so dass sowohl sie selbst als auch das Personal der United Nations und anderes internationales Zivilpersonal in einem sicheren Umfeld arbeiten konnten.^[25] Die Aufgaben umfassten den Aufbau nationaler Sicherheitsstrukturen, die Ausbildung und Ausrüstung neuer afghanischer Sicherheitskräfte, damit Afghanistan nicht wieder zu einem Rückzugs-, Rekrutierungs- und Vorbereitungsort für terroristische Aktivitäten gegen den Westen werde.^[26]

Während dieser Phase führte die NATO intensive militärische Operationen durch, um die Taliban zurückzudrängen und Al-Qaeda-Netzwerke zu zerstören. Die westlichen Truppen, insbesondere die Amerikaner, unternahmen umfangreiche militärische Operationen und Luftangriffe gegen Taliban- und Al-Qaeda-Kämpfer.^[27] Deutschland beteiligte sich mit bis zu 5.300 Soldatinnen und Soldaten an der ISAF-Mission und konzentrierte sich dabei auf den Norden Afghanistans, insbesondere rund um die Stadt Kunduz.^{[28][29]} Die deutsche Beteiligung war allerdings nicht unumstritten, insbesondere nach einem Luftangriff bei Kundus am 4. September 2009, bei dem deutsche Streitkräfte einen Angriff auf Tanklastwagen anforderten, bei dem eine unbekannte Anzahl von Zivilisten getötet wurde – schätzungsweise 30 bis 119 Personen, darunter möglicherweise 30 zivile Opfer.^[15]

Die NATO-Mission scheiterte jedoch darin, die Taliban endgültig zu besiegen oder die afghani Bevölkerung von den Aufständischen zu trennen. Die Taliban, unter Schutz des pakistanischen Geheimdienstes ISI und des engen US-Verbündeten Präsident Pervez Musharraf, gelang es, sich über die Grenze in die paschtunischen Gebiete Pakistans abzusetzen, wo sie geschützt wurden und sich neu aufbauten.^[13] Ein Teil der Taliban und al-Qaida setzte sich in die grenznahen Gebiete Pakistans ab und begann zunehmend zum Gegenangriff überzugehen, unterstützt durch Islamisten aus aller Welt.^[13] Die afghanische Zentralregierung war seit 2003 zunehmend Angriffen durch häufig als "Neo-Taliban" bezeichnete Guerilla-Gruppen ausgesetzt.^[13] Der Ausbau der Militärpräsenz auf über 130.000 Soldaten im Juli 2011 brachte nicht den erhofften Erfolg.^[5] Spätestens 2010 war Afghanistan de facto bereits ein gescheiterter Staat, wobei die Regierung

keinerlei Legitimität durch Wahlen besaß und nur noch immer kleiner werdende Teile des Landes kontrollierte.^[22]

Die Resolute Support Mission und die Transformation zur Beratungsmission: 2015 bis 2021

Der ISAF-Einsatz wurde 2015 von der kleineren Resolute Support Mission (RSM) abgelöst, die eine grundsätzlich andere Strategie verfolgte.^[2] Nach dem 31. Dezember 2014 schloss die NATO den Übergangsprozess offiziell ab und die afghanischen Streitkräfte übernahmen die vollständige Sicherheitsverantwortung für das Land.^[2] Die neue Resolute Support Mission war nicht länger selbst gegen Aufständische aktiv, sondern die afghanischen Sicherheitskräfte und -institutionen sollten nur noch weiter ausgebildet, beraten und unterstützt werden.^[2] Afghanische Sicherheitskräfte sollten durch die NATO-Mission befähigt werden, ihrer Sicherheitsverantwortung selbst nachzukommen und gegen Terroristen und Aufständische vorzugehen.^[2]

Die Resolute Support Mission prägt einen gewissen Optimismus aus, dass die westliche Präsenz sich auf Aus- und Weiterbildung konzentrieren könne, während die Sicherheitsverantwortung den Afghanen übergeben werde. Nach dem Ende des NATO-Einsatzes ISAF beteiligte sich Deutschland ab 2015 als zweitgrößter Truppensteller an der NATO-Mission "Resolute Support" zur Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte.^[14] Allerdings zeigte sich schnell, dass die afghanische Regierung nicht in der Lage war, das Land militärisch und politisch zu stabilisieren.^[2] Den wiedererstarkten Taliban gelang es, Teile des Landes wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, und die westlichen Hoffnungen auf eine schnelle Stabilisierung erwiesen sich als übertrieben optimistisch.^[2]

Die Strategie der Resolute Support Mission war grundsätzlich gescheitert. Die afghanische Regierung, die unter der Last von Korruption, Drogenpolitik und Milizenwillkür zusammenbrach, konnte sich nicht gegen die Taliban durchsetzen.^[22] Die Taliban, die während dieser Zeit unter pakistanischen Schutz Zeit hatten, sich zu reorganisieren und zu verstärken, begannen wieder Territorium zu gewinnen. Trotz aller Bemühungen und besten Vorsätze der intervenierenden Staaten, trotz eines riesigen Einsatzes militärischer und ziviler Ressourcen, hätte die Mission nach 20 Jahren einen Scherbenhaufen hinterlassen.^[5] Gescheitert war nicht nur eine militärische Intervention, sondern die breiter angelegte Strategie, ein von Staatsversagen, sozialer, politischer und ethnischer Zerklüftung, Unterentwicklung und weitgehender Rechtslosigkeit gekennzeichnetes Land wiederaufzubauen, zu modernisieren und in ein demokratisches Gemeinwesen zu transformieren.^[5]

Das Doha-Abkommen und der Truppenabzug: 2020 bis 2021

Im Februar 2020 vereinbarten die USA mit den Taliban das sogenannte Doha-Abkommen, das einen schrittweisen Rückzug ihrer und der internationalen Truppen aus Afghanistan vorsah.^[2] Das offizielle Abkommen mit dem vollständigen Titel "Abkommen, um Frieden nach Afghanistan zu bringen, zwischen dem Islamischen Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten als Staat nicht anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, und den Vereinigten Staaten von Amerika" wurde am 29. Februar 2020 im katarischen Doha unterzeichnet.^[33] Der Sondergesandte der USA, Zalmay

Khalilzad, unterzeichnete das Abkommen im Namen der Vereinigten Staaten mit dem Leiter des politischen Büros der Taliban in Doha, Mullah Abdul Ghani Baradar.^[33]

Das Doha-Abkommen war in mehrerer Hinsicht problematisch und wurde oft als schlecht verhandelt kritisiert. Die gewählte afghanische Regierung und die NATO-Verbündeten der USA waren nicht in die Vertragsverhandlungen einbezogen und kamen in dem Abkommen nicht vor.^[33] Dies bedeutete, dass die USA eine Vereinbarung mit den Taliban getroffen hatten, ohne dass die Regierung, die sie offiziell unterstützten, dabei einbezogen war. Die USA verpflichteten sich als erste Maßnahme, bis Juli 2020 ihre Truppen von 13.000 auf 8.600 Personen zu reduzieren und fünf Militärbasen zu schließen.^[33] Sie sagten weiterhin zu, innerhalb von 14 Monaten (d.h. bis April 2021) ihre Streitkräfte einschließlich zugehörigem Personal und Beratern vollständig abzuziehen.^[33] Diese Zusagen galten entsprechend auch für das Militär der Verbündeten.^[33]

Im Gegenzug verpflichteten sich die Taliban, dass vom afghanischen Territorium keine Bedrohung für die Sicherheit der USA oder deren Verbündeten ausgehen würde.^[33] Dies schloss auch al-Qaida ein – dieser Name wurde im Text ausdrücklich genannt.^[33] Es sollte keinen Personen bzw. Gruppen Aufenthalt im Land gewährt werden, von denen eine Bedrohung für die Sicherheit der USA oder der Verbündeten ausging, und Maßnahmen zur Rekrutierung oder zum Training sowie die Sammlung von Finanzmitteln für derartige Zwecke sollten unterbunden werden.^[33] Trotz der Vertragsunterzeichnung haben die Taliban ihre Kämpfe fortgesetzt.^[33] In den 45 Tagen nach Unterschrift wurde von 4500 Angriffen auf die afghanische Nationalarmee berichtet, was zeigte, dass die Taliban das Abkommen nicht einhielten.^[33]

Im April 2021 entschieden sich die NATO-Staaten, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen.^[2] Mit dem gemeinsamen Beschluss der NATO-Partner, die Resolute Support Mission zu beenden, zog auch die Bundesregierung ihre Soldaten im Sommer 2021 aus Afghanistan ab.^[14] Ende April 2021 begann der offizielle Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan.^[21] Allerdings beschleunigte sich die Taliban-Offensive deutlich unmittelbar vor dem Fall Kabuls, und mit dem 15. August 2021 kam alles ins Rutschen, als die Taliban die Hauptstadt eroberten.^[36] Die Zahl der verwundeten und getöteten afghanischen Soldaten und Zivilisten war in dieser Zeit höher als während früherer Phasen des Konflikts, da die westliche Unterstützung weggefallen war.^[33]

Sanktionen, diplomatische Isolation und wirtschaftliche Druckmittel

Neben den militärischen Interventionen wandten die westlichen Staaten auch Sanktionen und wirtschaftliche Druckmittel gegen Afghanistan an, insbesondere gegen die Taliban. Als die Taliban 1996 die Macht übernahmen, erkannten die meisten westlichen Staaten das Regime nicht an und isolierten es diplomatisch.^[19] Dies unterschied sich deutlich von dem begrenzten diplomatischen Engagement anderer Staaten wie Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die das Taliban-Regime anerkannten.^[19] Nach der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 sah sich die Weltgemeinschaft erneut mit der Frage konfrontiert, wie sie mit den Taliban umgehen sollte.^[8]

Die US- und UN-Sanktionen gegen einzelne Mitglieder der Taliban sind mit deren Regierungseintritt auf den afghanischen Staat übergegangen.^{[17][24]} Der amtierende Premier, Mullah Akhund, steht auf der UN-Sanktionsliste.^{[17][24]} Das FBI hat 2008 für Hinweise zur Ergreifung des amtierenden Innenministers, Siradschudin Haqqani, ein Kopfgeld von bis zu 10 Millionen US-Dollar ausgesetzt.^{[17][24]} Diese Sanktionen machen es dem Taliban-Regime schwierig, sich international zu bewegen und wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen.

Trotz der Sanktionen und Nichtanerkennung haben einige Länder mit den Taliban verhandelt und begrenzte technische Zusammenarbeit etabliert. Am 03. Juli 2025 erfolgte seitens der Russischen Föderation als erstem Staat die offizielle Anerkennung der Herrschaft der Taliban.^[31] Der neue Botschafter Russlands in Kabul hisste dabei die Flagge der Taliban.^[31] Mit dieser Anerkennung markierte Russland einen Wendepunkt in der internationalen Behandlung des Taliban-Regimes. Allerdings betonen viele westliche Staaten, dass sie die Taliban nicht als Regierung Afghanistans anerkennen, und Deutschland unterstreicht, dass es die "De-facto-Regierung" der Taliban nicht als legitime Regierung Afghanistans anerkennt.^[14]

Eine zentrale Frage für die westliche Diplomatie ist, ob Sanktionen und Nichtanerkennung effektive Instrumente sind, um die Taliban zu zwingen, internationale Normen einzuhalten, oder ob sie nur zur Isolation des Landes und zur Verschärfung der humanitären Krise führen. Die westlichen Staaten haben mit einem Dilemma zu kämpfen: Sie möchten das Taliban-Regime isolieren und unter Druck setzen, um es zur Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Normen zu bewegen, doch um humanitäre Hilfe leisten zu können, benötigen sie ein gewisses Maß an Kooperation mit den Taliban.^[30] Dies hat zu Kompromissen geführt, bei denen einige Länder begrenzte technische Zusammenarbeit mit den Taliban eingegangen sind, ohne sie offiziell als legitime Regierung anzuerkennen.^[31]

Kollateralschäden und Kriegsverbrechen: Der Luftangriff bei Kundus und andere Vorfälle

Während der westlichen Militärpräsenz in Afghanistan kam es zu mehreren dokumentierten Fällen von Luftangriffen auf Zivilisten und anderen Formen von Gewalt, die die Legitimität der westlichen Intervention in Frage stellten. Ein besonders prominentes Beispiel ist der Luftangriff bei Kundus am 4. September 2009, bei dem deutsche und US-amerikanische Streitkräfte an einem Einsatz beteiligt waren.^[15] Eine Bundeswehr-Einheit stellte eine Aufklärungs-Zusammenfassung fest, dass möglicherweise Zivilisten unter den Opfern waren, da die Taliban möglicherweise Treibstoff an die lokale Bevölkerung verteilt hätten.^[15] Trotz dieses Wissens ordnete der deutsche Oberst Klein den Bombenabwurf auf zwei 500-Pfund-Bomben auf zwei mit Benzin und Diesel gefüllte Tanklastwagen an.^[15]

Nach dem Luftangriff wurde die genaue Zahl der Todesfälle strittig. Eine Untersuchung der afghanischen Regierung, durchgeführt auf Anordnung des Präsidenten Hamid Karzai, kam zu dem Ergebnis, dass es 119 Tote und Verletzte gegeben hatte, darunter 30 tote Zivilisten, 20 tote unbewaffnete Taliban und insgesamt 69 getötete Taliban-Kämpfer.^[15] Andere Berichte deuteten auf höhere Zivil-Zahlen hin. Der Vorfall wurde nicht nur intern untersucht, sondern führte auch zu Debatten über die Verantwortung westlicher Kräfte für Kollateralschäden und die Einhaltung des

Kriegsvölkerrechts. Oberst Klein verteidigte seinen Befehl damit, dass er davon ausging, dass die Pickups als rollende Bomben gegen das Bundeswehr-Feldlager eingesetzt werden sollten und dass der Luftangriff zur Abwehr einer eindeutigen unmittelbaren Gefahr für das Lager angemessen war. [15]

Diese und andere Vorfälle trugen zu einer zunehmend kritischen Sicht der westlichen Militärintervention bei. Die Bundesregierung räumte ein, dass der Luftangriff zu Todesfällen unter der Bevölkerung geführt hatte, wobei Generalinspekteur Schneiderhan öffentlich erklärte, dass der Luftangriff zum damaligen Zeitpunkt militärisch angemessen war, die genaue Anzahl der Opfer aber nicht mehr ermittelbar sei. [15] Solche Vorfälle unterminierten das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in die westlichen Truppen und trugen zu einer Entfremdung zwischen den Besatzern und den Besetzten bei.

Gescheiterte Nation-Building und zivile Aufbauprogramme

Die westlichen Staaten, insbesondere die USA und ihre Verbündeten einschließlich Deutschlands, verfolgten nicht nur militärische Ziele in Afghanistan, sondern auch ehrgeizige Pläne für den Wiederaufbau und die Transformation des Landes. Deutschland setzte sich von Beginn an dafür ein, in Afghanistan nicht nur Al Qaida und die Taliban militärisch zu bekämpfen, sondern die sozialen und politischen Ursachen von Gewalt und Terrorismus durch umfassende Reformen anzugehen. [5] Der deutsche Beitrag wurde von Volker Stanzel, damals Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, als "Experiment für eine neue Form von Nation Building" verstanden. [5] Die USA sicherten konsequente finanzielle und militärische Hilfe bis 2024 zu, und auch die Bundesregierung versprach Unterstützung für den Aufbau. [22]

Die Ziele dieser Aufbauprogramme waren ehrgeizig: die Etablierung demokratischer Institutionen, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Modernisierung der Infrastruktur, die Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften, die Verteilung humanitärer Güter und die Entwaffnung bewaffneter Gruppen. [9] Eine United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) wurde ins Leben gerufen, die etwa 1200 überwiegend afghanische Mitarbeiter umfasste und in Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung den Friedens- und Versöhnungsprozess unterstützte. [25] Allerdings erwiesen sich diese Ziele angesichts der tiefen strukturellen Probleme Afghanistans als nicht erreichbar.

Die Realität der Implementierung unterschied sich erheblich von den idealistischen Zielen. Die korrupten, selbsternannten, allerdings auch vom Westen unterstützten "Eliten" Afghanistans trugen maßgeblich dazu bei, dass die Aufbauprogramme scheiterten. [22] Die afghanische Regierung selbst drangsalierte die Bevölkerung hochgradig und erfüllte ihren staatlichen Auftrag nicht, was die Taliban in eine Position brachte, um die "pragmatische Unterstützung" der Bevölkerung zu gewinnen. [22] Die Taliban nutzten die Freiräume, die die Regierung hinterlassen hatte, und anboten Ordnung und Sicherheit – freilich unter ihrer ultra-konservativen islamischen Interpretation – an. [22]

Demnach erreichten die USA und die NATO lediglich ihr militärisches Minimalziel: zu verhindern, dass von Afghanistan aus terroristische Operationen gegen den Westen gesteuert werden. [5] Darüber hinaus verfehlte die Mission ihre ambitionierten Ziele. Der islamische Terrorismus erwies sich als Hydra. [5] Andere argumentieren, die NATO-Einsatz wäre erfolgreicher verlaufen, hätten die USA

nicht 2003 ihre Aufmerksamkeit auf den Irak verlagert, sondern frühzeitig für eine hohe Truppenstärke in Afghanistan gesorgt und so Sicherheit als Voraussetzung für den zivilen Aufbau garantiert.^[5] Wieder andere meinen, ein entschlosseneres ziviles Aufbauprogramm von Anfang an, ähnlich dem Marshall-Plan, hätte den Taliban die Zustimmung entzogen.^[5]

Frauenrechte und Menschenrechtliche Fragen unter westlicher Besatzung und nach der Taliban-Rückkehr

Ein besonders wichtiges Aspekt der westlichen Intervention war die Förderung von Frauenrechten und Menschenrechten, die zunächst als eine der Erfolgsgeschichten der westlichen Intervention dargestellt wurde. Nach dem Einmarsch der NATO-Truppen in Afghanistan 2001 gelang es Aktivisten, große Fortschritte in der Gesetzgebung zur Förderung von Frauenrechten zu erkämpfen.^[27] Es wurden neue Gesetze erlassen, die die Rechte von Frauen schützen sollten, einschließlich des Gesetzes zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (EVAW Law), das seit 2009 22 verschiedene Arten von Misshandlung von Frauen unter Strafe stellte.^[27] Frauen erhielten Zugang zu Schulen und Universitäten, und es wurden Frauenhäuser und Organisationen gegründet, die Schutz und Beratung anboten.^[27]

Allerdings existierten viele dieser staatlich verbrieften Rechte auch bis kurz vor der Machtübernahme der Taliban im August 2021 nur auf dem Papier.^[27] Patriarchale Strukturen, religiöser Fundamentalismus und Korruption verhinderten die Umsetzung vieler Gesetze.^[27] Besonders in ländlichen Gebieten Afghanistans, die weniger unter westlicher Kontrolle standen, wurden Frauenrechte nur in minimaler Form umgesetzt. Mit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 wurde die Rechtlosigkeit von Frauen wieder staatliche Politik, was eine dramatische Rückwärtsbewegung von 20 Jahren Fortschritt darstellte.^[27]

Die Taliban haben systematisch die Rechte von Frauen und Mädchen rückgängig gemacht. Trotz anfänglicher Versprechen, Frauenrechte im Rahmen der Scharia zu respektieren, erließen die Taliban zahlreiche Verbote, die Frauen und Mädchen daran hindern, ihre grundlegenden Rechte auf Meinungsäußerung, Freiheit, Arbeit und Bildung wahrzunehmen.^[27] Frauen wurden aus dem öffentlichen Leben verbannt, und ihr Zugang zu zivilen Rechten und Freiheiten wurde radikal beschnitten.^[27] Mädchen dürfen nach der 6. Klasse nicht mehr zur Schule gehen, Frauen dürfen in der Öffentlichkeit nicht sprechen, und ihr Gesicht müssen sie verhüllen.^[30] Das Frauenministerium wurde abgeschafft, und das Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen hat keine Gültigkeit mehr.^[27]

Frauenhäuser mussten schließen, und Mitarbeitende von Organisationen, die Schutz und Beratung anboten, werden bedroht oder müssen verdeckt arbeiten.^[27] Frauenrechtsaktivist:innen berichten von Entführungen, Kinderehen, Zwangsverheiratungen und Vergewaltigungen.^[27] Afghan:innen, die friedlich für ihre Rechte protestieren, werden bedroht, verhaftet und gefoltert.^[27] Die leidtragende Bevölkerung Afghanistans leidet unter Hunger und Krieg, und mit der Machtergreifung der Taliban im August 2021 verschärfte sich die Situation gravierend.^[27] Laut World Food Programme sind zwei Drittel der Bevölkerung 2023 auf humanitäre Hilfe angewiesen – fast dreimal so viel wie 2021.^[27]

Der westliche Fokus auf Frauenrechte wurde von einigen kritisiert, da er möglicherweise oberflächlich war und nicht mit einer tieferen Unterstützung für institutionelle und strukturelle Reformen verbunden war. Das Versprechen der westlichen Staaten, Frauenrechte zu schützen, konnte nicht eingelöst werden, besonders da die Taliban innerhalb weniger Wochen nach ihrer Machterobernahme alle Fortschritte zunichte machten. Alternative Lebensentwürfe von Frauen und LGBTQI+-Menschen, die ein von der Familie unabhängiges Leben führen oder ihre Homosexualität leben möchten, sind unmöglich geworden.^[27] Trotzdem kämpfen afghanische Frauen nach wie vor für ihre Rechte und gegen den Fundamentalismus der Taliban – auch wenn sie mit enormen Repressalien rechnen müssen.^[27]

Die westlichen Reaktionen auf die Taliban-Rückkehr und die Fragen der Anerkennung

Nach der Machterobernahme der Taliban im August 2021 waren sich westliche Staaten uneinig, wie sie mit dem neuen Regime umgehen sollten. Die Anerkennungsfrage ist eng mit der Menschenrechtsfrage verbunden, wie auch die deutsche Koalitionsvereinbarung von 2021 deutlich macht.^{[8][21]} Die Bundesregierung erklärt, dass sie die "De-facto-Regierung" der Taliban politisch nicht als legitime Regierung Afghanistans anerkennt.^[14] Die deutsche Botschaft Kabul ist seit dem 15. August 2021 bis auf Weiteres geschlossen.^[14]

Verschiedene Positionen haben sich bezüglich der internationalen Zusammenarbeit mit den Taliban abgezeichnet. Einerseits betonen Staaten wiederholt, dass sie die Taliban nicht als Regierung Afghanistans anerkennen, wobei der US-amerikanische Außenminister Joe Biden erklärte: "I haven't said that we are going to recognize the Taliban."^[21] Andererseits zeigt sich, dass einige Länder, wie Russland und einzelne zentralasiatische Staaten, zu einer pragmatischeren Haltung übergegangen sind. Am 03. Juli 2025 erfolgte seitens der Russischen Föderation als erstem Staat die offizielle Anerkennung der Herrschaft der Taliban.^[31] Dies könnte der Auftakt eines Prozesses sein, in dessen Folge andere Länder das Islamische Emirat ebenfalls bilateral anerkennen könnten.^[31]

Der westliche Ansatz bleibt dagegen ambivalent. Während die westlichen Staaten sich weigern, die Taliban offiziell anzuerkennen, müssen sie gleichzeitig mit den Taliban zusammenarbeiten, um humanitäre Hilfe leisten zu können.^[30] Die internationale Gemeinschaft steht vor einem Dilemma: Sie möchte Druck auf die Taliban ausüben, doch Isolation funktioniert auch nicht.^[30] Die westliche Staatengemeinschaft hat dabei vor allem Gruppen wie Al Qaida und den "Islamischen Staat (Khorasan-Provinz)" (ISKP) im Blick.^[19] Ein multilateraler Prozess, der von UNAMA geleitet wird und in Doha stattfindet, bringt Vertreter aus 25 Nationen mit den Taliban zusammen, darunter traditionelle Geber wie die EU-Mitgliedstaaten, Japan, Australien und Kanada.^[31]

Allerdings legen westliche Staaten dabei Bedingungen fest. Die USA und die anderen westlichen Staaten sowie Afghanistans regionale Nachbarn haben die Taliban aufgefordert, gegen Terrorgruppen vorzugehen, die von ihren Rückzugsgebieten in Afghanistan aus agieren.^[19] Bei diesen Verhandlungen geht es unter anderem um Zugang für humanitäre Hilfe, Schutz der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und Mädchen, inklusive Regierungsführung und Terrorbekämpfung.^[14] Die Bedingungen, die der Westen stellt, beeinflussen die Wahrscheinlichkeit

einer Anerkennung erheblich. Allerdings zeigt sich, dass Nachbarn wie China, Russland, die zentralasiatischen Staaten, Iran und Pakistan zwar ebenfalls ihre sicherheitspolitischen Interessen gegenüber den Taliban betonen, jedoch weniger Wert auf Menschenrechtsfragen legen.^[19] Diese Konstellation dürfte die Möglichkeit des Westens, auf die künftige politische und gesellschaftliche Entwicklung Afghanistans Einfluss zu nehmen, erheblich einschränken.^[19]

Die Begriff "Geschlecht Apartheid" wurde dabei verwendet, um die systematische Unterdrückung von Frauen unter den Taliban zu beschreiben, existiert aber noch nicht als formaler Begriff im internationalen Recht.^[30] Dies stellt die westlichen Staaten vor eine Herausforderung: Sie möchten die Taliban für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft ziehen, verfügen aber über begrenzte rechtliche und praktische Instrumente, um dies zu tun, besonders da sie gleichzeitig Kooperation mit den Taliban brauchen, um humanitäre Hilfe leisten zu können.

Fazit: Bilanz einer fehlgeschlagenen Intervention

Die Bilanz der westlichen Einmischung in Afghanistan seit dem Ende des Kalten Krieges ist insgesamt negativ zu bewerten, obwohl einzelne Ziele erreicht wurden. Die Unterstützung der Mudschahedin gegen die Sowjetunion in den 1980er Jahren führte zwar zum sowjetischen Rückzug, legte aber auch den Grundstein für die späteren Probleme durch die Unterstützung von Gruppen, die später zu terroristischen Organisationen wurden. Die Phase der westlichen Vernachlässigung von 1989 bis 2001 ermöglichte es der Taliban, die Macht zu ergreifen und Al-Qaeda einen Unterschlupf zu bieten, was letztendlich zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 führte.^[25]

Die westliche Militärintervention nach 2001, initiiert mit dem berechtigten Ziel, Al-Qaeda zu bekämpfen und die Taliban zu stürzen, wurde zu einer 20-jährigen Besatzung, die das Land nicht stabilisierte und zu enormem Leid führte. Die Zahl der Todesfälle unter der afghanischen Zivilbevölkerung war immens, und zahlreiche Vorfälle wie der Luftangriff bei Kundus zeigten, dass die westlichen Truppen nicht immer das Kriegsvölkerrecht einhielten. Die ehrgeizigen Ziele der Demokratisierung und des Aufbaus von Institutionen konnten nicht erreicht werden, teilweise weil die westlichen Staaten nicht die notwendigen Ressourcen und Ausdauer mitbrachten, teilweise weil die afghani Eliten nicht bereit waren, echte Reformen umzusetzen.

Die Hoffnungen auf Frauenrechte und Modernisierung wurden durch die Taliban-Rückkehr komplett zunichte gemacht, wobei die 20 Jahre westlicher Bemühungen in wenigen Monaten rückgängig gemacht wurden. Dies stellt eine der gravierendsten Misserfolge der westlichen Interventionspolitik dar. Die Sanktionen und wirtschaftlichen Druckmittel haben bisher nicht dazu geführt, dass die Taliban ihre Positionen aufgeben oder ihre Menschenrechtsverletzungen beenden würden. Stattdessen treiben sie die humanitäre Krise voran und schaffen Anreize für andere Akteure, wie Russland und China, in die Lücke zu treten und diplomatische Beziehungen zu den Taliban aufzubauen.

Die westliche Einmischung in Afghanistan zeigt die Grenzen militärischer Macht und die Schwierigkeiten, komplexe Staatsbildungsprozesse von außen zu erzwingen. Zwar gelang es dem Westen, die unmittelbaren Ziele der Terrorismusbekämpfung zu erreichen – Al-Qaeda wurde dezimiert und die Taliban wurden vorübergehend aus der Macht vertrieben – aber die dahinter liegenden Probleme wurden nicht gelöst. Die geopolitischen Rivalitäten zwischen dem Westen und

den anderen Großmächten, insbesondere China und Russland, bedeuten, dass der Westen nicht länger in der Lage ist, allein die Entwicklung Afghanistans zu bestimmen. Die Zukunft Afghanistans wird durch ein komplexes Spiel regionaler und globaler Interessen bestimmt werden, bei dem die westlichen Werte und Ziele nur eine Stimme unter vielen sind.